

Mehr Waffen oder mehr Frieden für die Ukraine?

Martin Link

Debatte

Im Januar 2023 hatten wir anlässlich einer Vorstandsklausur des Flüchtlingsrates eine im Wortsinn stundenlange Diskussion zur Positionierung des Für und Wider zur Bewaffnung der Ukraine. Wir wurden uns nicht einig.

Dass es hier Gesprächsbedarf gibt, darf nach dem fast einjährigen völkerrechtswidrigen und fortgesetzten Angriffskrieg der russischen Regierung und Armee gegen die Ukraine und einer mit der vom Bundeskanzler ausgelobten Zeitenwende einher gehenden fortschreitenden Militarisierung der deutschen Außen- und Innenpolitik nicht verwundern.

Systematische und massenweise Bombardements ziviler ukrainischer Ziele, regelmäßiger Einsatz international geächteter Waffen, kalkulierte Zerstörung von Kulturstätten, Massaker, Folter und Vergewaltigung als Kriegsstrategien, Entführung, Umerziehung und Zwangsadoption ukrainischer Kinder – der Kreml will offenbar einen Rekord bei den meisten begangenen Kriegsverbrechen einfahren. Schnell war im bundesdeutschen Blätterwald von einem geplanten Genozid die Rede. Dafür sprächen, dass die russische Führung der Ukraine das Existenzrecht abspreche, den Staat als künstliches Gebilde ansehe, eine Eigenständigkeit des ukrainischen Volkes verneine. Der deutsche Oberstaatsan-

walt Hoffmann ist Teil eines Ermittlerteams zur Aufdeckung von Kriegsverbrechen in der Ukraine und bezweifelt allerdings, dass man einen Völkermord nachweisen könne.

Der Westen habe inzwischen viele selbst auferlegte rote Linien überschritten, erklärt die renommierte Rand Corporation, ein einflussreicher US-Militärstrategie-Think Tank. Nach anfänglichem Zögern stelle er der Ukraine nun Stinger- und IRIS-T-Luftabwehrraketen, HIMARS-Raketenartillerie und Patriot-Luftabwehrsysteme für große Höhen zur Verfügung. Die Vereinigten Staaten und Deutschland haben erklärt, dass sie Schützen- und Kampfpanzer liefern werden.

Über acht Millionen Geflüchtete

Bis dato sind über acht Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet. Über eine Million sind 2022 in Deutschland, ca. 30.000 in Schleswig-Holstein aufgenommen worden. Dass es nicht weniger werden, zeigen über 600 Ukrainer*innen, die in den Landesunterkünften allein im Januar des neuen Jahres aufgenommen wurden. Die im Februar an allen Fronten in der Ukraine losgetretene Frühjahrsoffensive der russischen Armee wird für weitere auch hierzulande schutzsuchende Kriegsflüchtlinge sorgen.

Die rechtlichen Voraussetzungen sind mit der Anwendung der EU-Massenzustromrichtlinie für geflüchtete ukrainische Staatsangehörige gut. Sie können wohnen, wo sie eine Wohnung finden, haben Zugang zu Sprachförderung, Ausbildung und Beschäftigung, ggf. Bürgergeldanspruch. Für andere, Drittstaatler*innen aus der Ukraine oder anderer Welten Kriege, gelten weiterhin das unberechen-

bare Asylverfahren, der Sachleistungszwang des Asylbewerberleistungsgesetzes, eingeschränkte Gesundheitsversorgung, rechtliche Hürden beim Zugang zu Sprachförderung und Arbeitsmarkt und ggf. das Risiko der zwangsweisen Rückführung.

Über die Angemessenheit solcherlei Ungleichbehandlung von vor Krieg oder politischer Verfolgung Schutz suchenden Menschen herrscht in der Mehrheit der demokratischen Parteien, in der Rechtsprechung und auch in der Mehrheitsgesellschaft weitgehender Konsens. Aber beim Flüchtlingsgipfel im Februar erhoben die Kommunalen Spitzenverbände diesmal nicht nur ihr seit Dekaden sattsam bekanntes Lamento nach immer mehr Geld, sondern machten auf breiter Front mobil für die Abschiebung ausreisepflichtiger Schutzsuchender. Das Bundesinnenministerium lehnt eine Obergrenze bei der Aufnahme Schutzsuchender ab und heißt ukrainische Geflüchtete weiterhin willkommen, droht aber gleichzeitig mit rigoroser Grenzabschottung gegen Asylsuchende und mit einer restriktiven Rückführungsoffensive gegen im Asylverfahren Gescheiterte aus nicht-europäischen Drittstaaten. Hier bildet sich die mittelbare zweite Front dieses europäischen Krieges.

Waffenlieferungen und Wehrpflicht

Der Jahresbericht 2022 des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri stellt fest, dass die Ukraine inzwischen nach Qatar und Indien auf Platz drei der Importländer für Rüstungsgüter geklettert ist. Gleichzeitig gingen russische Waffenexporte – wohl aufgrund des hohen Eigenbedarfs im Krieg gegen die Ukraine – um ein Drittel zurück. Die europäische

NATO-Mitgliedsstaaten steigerten ihren Waffenimporte um 65 Prozent.

Derweil bildet sich der Kriegsverlauf in der Ukraine minutiös im bundesdeutschen Blätterwald und in den Forderungen der politischen Klasse ab. Nachdem der Bundeskanzler ob der vielsprachigen Forderungen nach Leopard Panzer-Lieferungen und entgegen aller guten historisch begründeten Vorbehalte einknickte, stellt sich im Februar heraus, dass kaum ein EU-Mitgliedsstaat mittun will. Doch längst dreht der Boulevardjournalismus weiter an der Rüstungsspirale: Bei der Solidarität mit der Ukraine seien jetzt die Lieferung von Kampfflugzeugen und möglicherweise auch Bodentruppen alternativlos.

Darüber hinaus liebäugelt die Regierung in Kiew offenbar in Sachen Kriegsverbrechen mit dem Gegner gleichzuziehen, und fordert Mitte Februar von der NATO die völkerrechtlich geächteten Streu- und Phosphorbomben zu erhalten – weil die russische Armee sie ja selbst auch einsetze. Der Westen wehrt zunächst reflexhaft ab. Muss man aber den Strack-Zimmermann*innen in fast allen Parteien zutrauen, dass sie in den kommenden Monaten die Uhr der Zeitenwende in der öffentlichen Meinung auch bei diesem Tabubruch umzustellen vermögen?

Wenn die Falken fliegen, bekommen die Tauben Gegenwind. Auch in der gleichnamigen Zeitschrift für Politik und Kultur in Schleswig-Holstein erklärt der Herausgeber in Sachen Waffenlieferungen, allein „die Ukraine muss dabei entscheiden, was sie dafür braucht“, und erklärt en passant solche, die Friedensverhandlungen befürworten, zu „Gegnern der Entscheidung, die Ukraine im Krieg zu unterstützen“.

Außenministerin Annalena Baerbock schwadroniert derweil über den „Krieg gegen Russland“, den „wir“ demnach ohne Kompromissbereitschaft „kämpfen“ und der der weiteren möglichen Verletzungen der territorialen Unversehrtheit, z.B. Moldawiens oder Georgiens, durch die russische Regierung vorbeuge. Die



An der ukrainischen Grenze

Ukraine müsse den Krieg gewinnen, ist sich die demokratische politische Klasse und weite Teile der Medien einig.

Nicht nur o.g. US-Think-Tank macht sich derweil Gedanken, welche Konsequenzen ein Unterliegen Russlands gegenwärtigen könnte. Putins ehemalige KGB-Kohorte im Kreml könnte demnach in ultimative Konfrontation zu allerlei inzwischen erstarkten Hardlinern geraten. Putin könnte dabei entmachtet oder beseitigt werden, etwa von Jewgeni Prigoschin (Wagner-Gruppe) oder dem für seine brutalstmöglichen Intrigen und Mächtel bekannten tschetschenischen Diktator Ramsan Kadyrow. Vom Regen also in die Traufe?

Ein westlicher Sieg wäre dann möglicherweise nicht mehr als ein Pyrrhussieg, gibt auch Hans-Georg Erhardt vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik zu bedenken. Würde er doch absehbar erkaufte durch die weitgehend vollständige Zerstörung der Ukraine, das Risiko der Erweiterung der Fronten über die Ukraine hinaus, eine Strategie der Hausherren im Kreml jede Eskalation zum Machterhalt zu nutzen oder eine Implosion mit ggf. global folgenreichem Zusammenbruch des Reiches.

So ganz geheuer ist die von ihnen öffentlich gern vertretene Strategie, den Krieg gegen Russland erfolgreich auf die Ukraine zu beschränken zu können, offenbar auch den Parteien hierzulande nicht. Von Ramelow (Linke), über Pistorius (SPD)

und Wardephul (CDU) bis Strack-Zimmermann (FDP) lassen sie mit der Forderung der Wiedereinführung der Wehrpflicht von sich hören – nicht ohne dabei besonders Frauen damit zu bedrohen, dass sie dann auch gemeint seien.

Internationale und zivilgesellschaftliche Friedensinitiativen

Der des Bellizismus wohl kaum unverdächtige Henry Kissinger hat jüngst seinen Friedensvorschlag für die Ukraine aktualisiert: Russland behält Krim und Donbass und die Ukraine könne als angemessene Folge der russischen Invasion NATO-Mitglied werden. Dass es so einfach nicht werden wird, schwant inzwischen wohl auch dem neuen brasilianischen Präsidenten Lula, nachdem er Bundeskanzler Scholz seine Idee einer brasilianisch-chinesischen Friedensoffensive zur Ukraine offenbart hatte – und von politischer Seite unwiderrspochen in bundesdeutschen Medien u.a. als „linker, populistischer Wirrkopf“ verunglimpft wurde. Ähnlich erging es dem vom chinesischen Außenministerium anlässlich des Jahrestages des Krieges verlautbarten 12-Punkte-Plan, der von westlichen Politikvertreter*innen und Medien umgehend als untauglich kritisiert wurde, offenbar weil er sowohl zu wenig Parteinahme für die Ukraine als auch Kritik gegen Russland enthalte und ihm keine uneingeschränkte Uneigennützigkeit unterstellt werden könne. Die ukrainische

Regierung hingegen hält den chinesischen Vorschlag für bedenkenswert.

Zum Jahrestag der Invasion schwört Präsident Putin die Bevölkerung Russlands auf einen möglicherweise jahrelangen Krieg mit der Ukraine ein und äußert – wie auch Präsident Biden selbigen Tags in Warschau – keine Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungsbereitschaft. Nichtsdestotrotz macht ein von den Damen Schwarzer und Wagenknecht initiiertes und inzwischen von zahlreichen Prominenten aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Militär und Kirchen sowie bis Redaktionsschluss von 750 Tausend weiteren Menschen unterzeichnetes „Manifest für den Frieden“ mit der Sorge vor einer atomaren Eskalation sowie der Forderung nach einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen die Runde. Den Initiatorinnen wird allerdings und auch nicht zu Unrecht vorgehalten, nicht geschlossen genug nach rechts aufzutreten.

Überhaupt sei diese Forderung nach Friedensverhandlungen eine links- und rechts-extremistische Entente wettet Roderich Kiesewetter und verulkt – unter Verweis auf Akteur*innen aus Kunst und Kultur unter den Initiator*innen – diese als „Friedenskünstler“. Auch die Bundesaußenministerin entwertet diese zivilgesellschaftliche Initiative als Vorschlag für einen „Diktatfrieden“ und schäumt: „Was ist das für ein Frieden, wenn man unter russischer Besatzung leben muss, jeden Tag die Sorge hat, dass man kaltblütig ermordet, vergewaltigt oder als Kind sogar verschleppt wird?“ Sie unterstellt, die Initiative fordere „die Unterwerfung der Ukraine unter Russland“, und weiß sich dabei einig mit der Mehrheit der politischen Klasse und der Medien.

Insgesamt erscheint allerdings die politische Abneigung aller Kriegsbeteiligten gegen jede Friedensinitiative ausgesprochen geschichtsvergessen. In Korea forderte diese Verweigerungspolitik am Ende 1,5 Millionen und in Vietnam 500.000 kriegstote Zivilist*innen und ging nur knapp an der atomaren Eskalation vorbei. Dennoch waren auf jeweils beiden Seiten auch im Koreakrieg nach zwei und im Vietnamkrieg nach vier Jahren harten Verhandeln Kompromisse unausweichlich und beendeten schließlich den Krieg.

Bei so viel Verhandlungsverweigerungshaltung, wie sie derzeit jedoch bei den Mächtigen in Ost und West herrscht, sind die Erwartungen auf den Globalen Süden gerichtet. Immerhin lässt sich Lula im fernen Brasilia nicht irritieren und mahnt: „Ich weiß ja nicht, wann dieser Krieg auf-

hören wird, wenn wir weiterhin so untätig bleiben.“ Dem stimmt auch der sich für Friedensvermittlung ebenfalls anbietende Papst Franziskus zu, nicht zuletzt, weil mittlerweile neben Russland alle Großmächte der Welt verstrickt wären und die Gefahr eines dritten Weltkrieges s. E. unvermindert hoch sei.

Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

Über 7.000 zivile Opfer soll der Krieg bisher auf ukrainischer Seite gefordert haben. US-Außenminister Blinken zählt inzwischen 200.000 getötete russische Soldaten. Britische Geheimdienste schätzen hingegen „nur“ 40 bis 60.000, und beide verweisen auf ein unerschöpfliches russisches Rekrutierungsreservoir des autokratischen Regimes. Die ukrainische Regierung schweigt zu ihren Verlusten. Amerikanische Militärs schätzen allerdings etwa 100.000 tote ukrainische Soldat*innen seit Kriegsausbruch. Die Armee könne allerdings nur auf etwa 900.000 Reservisten und Reservistinnen zurückgreifen.

Rund 150.000 Männer im wehrfähigen Alter von 18 bis 60 Jahren seien seit Kriegsbeginn aus Russland nach Westeuropa geflohen, schätzt die internationale Hilfsstelle für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure „Connection“ Mitte Februar 2023. Rund 175.000 seien es aus der Ukraine und aus Belarus 22.000. Sie wollen sich im Ränkespiel der Herrschenden und Generäle nicht fremdbestimmen lassen, nicht am Töten beteiligt sein oder selbst nicht sterben müssen.

In einer Studie für die Vereinten Nationen berichtet der Internationale Versöhnungsbund über Rekrutierungspraktiken in Russland: „Seit Beginn der Mobilisierung ist es in den Großstädten eine weit verbreitete Praxis, dass Polizeibeamte Männer auf der Straße anhalten, ihre Papiere überprüfen und versuchen, ihnen eine Vorladung auszuhändigen. In letzter Zeit wurde eine weitere Praxis in Form von Razzien eingeführt. Am 9. Oktober kam die Polizei in das ‚Aufwärmzentrum‘ für Obdachlose in Moskau und nahm mehrere Dutzend Personen fest. Auch in Arbeiterwohnheimen gab es Razzien. In St. Petersburg blockierten Polizeibeamte die Ausgänge mehrerer Wohngebäude und verteilten Vorladungen.“ Die Söldnertruppe Wagner rekrutiert inzwischen vor allem verurteilte Straftäter in Gefängnissen.

Das Asyl-Bundesamt (BAMF) ficht solcherlei Information offenbar nicht an. Das BAMF schreibt im aktuellen Bescheid eines russischen Asylsuchenden: »Es ist nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass der Antragsteller gegen seinen Willen zwangsweise zu den Streitkräften eingezogen würde.« Die Asyl-Ablehnungsquote bei Deserteuren bleibt unverändert hoch.

Fazit

Was bedeutet nun diese Kontroverse um territoriale Unversehrtheit, um die Beschädigungen des Selbstbestimmungsrechts der Völker, um die im Ukraine-Krieg offensichtlichen, vielfältigen, nationalen und internationalen machtpolitischen sowie für auch hierzulande vorherrschenden wirtschafts- und parteipolitischen Interessen schließlich für die Opfer des Konflikts? Da halten wir es mit einer älteren ukrainischen Dame, die unlängst in der hart umkämpften ostukrainischen Stadt Bachmut einem Reporter der Welt ihre Weltsicht offenbarte: „Sie mögen sich endlich versöhnen, es möge Frieden sein, wir wollen alle in Frieden leben, wir wollen keinen Krieg, und wir wollen vor allem nicht, dass noch mehr Waffen hierher kommen.“

Eine einfache Wahrheit bleibt bei aller spekulativen Nachdenklichkeit zum Krieg und seinen je nach Perspektive gerechtfertigten oder ungerechtfertigten Zielen, seiner vermeintlichen macht- und einflusspolitischen Alternativlosigkeit und der Debatte um die ultimativen Vorbedingungen für einen offenbar noch fernen Frieden: Ohne Waffen kein Krieg – und Krieg führt unausweichlich zu Flucht.

Also die Waffen nieder!

Doch bis es soweit ist, setzt unsere Solidarität bei den Opfern der Machtkämpfe und Kriege an und macht dabei keine Unterschiede:

Aufnahme und Bleiberecht für alle Geflüchteten! – Asyl für alle Deserteure!



Martin Link ist Mitarbeiter in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. in Kiel. Kommentare zu seinem Text sind erwünscht und willkommen an: schlepper@frsh.de